



# Aktuelle Informationen aus dem Parlament



**12/60 BEREITS ab 1.9.2018**

**15a Vereinbarung zur institutionellen Kinderbetreuung  
LÄUFT ENDE AUGUST 2018 aus! - KEINE VERLÄNGERUNG in  
Sicht!**

PRESSEMELDUNGEN vom 5.7.2018:

**Regierung führt neue Arbeitszeitregeln bereits**

**ab 1. September ein**

**ÖVP und FPÖ bestätigen entsprechenden Abänderungsantrag - "Um Klarheit und Sicherheit zu schaffen" - SPÖ kritisiert "überfallsartiges" Vorgehen**

Die Bundesregierung will die neuen Arbeitszeitregeln, die eine Ausweitung der Höchstarbeitszeit auf 12 Stunden pro Tag oder 60 Stunden pro Woche ermöglichen, bereits früher als geplant einführen. Ursprünglich sollte das neue Arbeitszeitgesetz, das am Donnerstag im Nationalrat beschlossen wird, am 1. Jänner 2019 in Kraft treten, nun soll es bereits am 1. September so weit sein.

Die Parlamentsklubs von ÖVP und FPÖ bestätigten dieses Vorhaben, das mittels Abänderungsantrag umgesetzt werden soll, Donnerstagfrüh gegenüber der APA. Als Grund für das überraschende Vorziehen des Gesetzes wurde die "Diskussion der vergangenen Tage" genannt, die für "viel Verunsicherung und Falschinformation" gesorgt habe.

"Um Klarheit und Sicherheit zu schaffen, wird die Arbeitszeitflexibilisierung mit 1.9.2018 in Kraft treten. Die Wirklichkeit wird dann die Wahrheit zeigen, nämlich dass sich für die Masse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nichts ändert. Wenn Arbeitnehmer wollen, können Sie mehr arbeiten und bei vollen Zuschlägen mehr Geld verdienen oder mehr Freizeitblöcke in Anspruch nehmen", hieß es in einer Stellungnahme der beiden Klubs.

Gerüchte über ein schnelleres Inkrafttreten des Gesetzesvorhaben machten bereits in der Nacht auf Donnerstag die Runde. Von ÖGB und SPÖ kam noch vor der offiziellen Bestätigung erste Kritik. "Wer glaubt, damit die Aktivitäten der Gewerkschaft zu stoppen, ist am Holzweg", erklärte der ÖGB.

**Leitartikel**

JOSEF VOTZI



## Wann schließt Kurz die Kindergarten-Lücke?

**Die Flüchtlingskrise muss in Afrika, nicht am Brenner entschärft werden. Zu Hause drängen auch andere Fragen.**

„Warum lässt sich die mächtigste Frau der Welt so demütigen?“ schlagzeilt Deutschlands mächtigstes Boulevardblatt *Bild* und fragt provokant: „Wie Psycho ist Horst Seehofer?“ Die Angst des CSU-Chefs vor dem Verlust der absoluten Mehrheit in Bayern zwingt ganz Europa eine neue Flüchtlingsdebatte auf, die bislang niemandem nützt – außer skrupellosen Scharfmachern von Lega bis AfD. Die deutsche Politik legt bald jeden Tag Nachtschichten ein, um zu klären, wie Bayern mit ein paar Tausend Flüchtlingen umgehen soll. CDU und CSU reichen die heiße Kartoffel nun an den Nachbarn und hoffen, ihr brüchiges Bündnis bis über die Bayernwahl zu retten.

Horst Seehofers Wunsch nach der Übernahme von mehr Flüchtlingen erteilten Kurz und Strache schon vor dessen heutigem Wien-Besuch eine Absage. Tirols Günther Platter kündigt jetzt im Gegenzug eine Aktion scharf in Kufstein und am Brenner an – und warnt vor einem „Stau bis Nürnberg“. Der von der CSU inszenierte Grenzstreit provoziert just zum Ferienstart ein mögliches Chaos, das Hunderttausende Urlauber tangiert.

### Kurz hat hundertprozentig recht, aber ...

Sebastian Kurz warnte gestern im *Ö1*-Morgenjournal einmal mehr: Auf Europa könnte bald eine neue gewaltige Flüchtlingswelle zukommen, weil allein in Libyen 500.000 Menschen ihr Glück über die Mittelmeerroute versuchen wollen. Kurz hat hundertprozentig recht. Seine Politik geht neunzigprozentig in die andere Richtung. Die Weichen für die Zahl der Flüchtlinge von morgen werden nicht in Spielfeld, am Walsertal oder am Brenner gestellt, sondern in den Weiten des afrikanischen Kontinents. In Sachen Marshall-Plan für Afrika bleibt es bei Sonntagsreden. Ohne Sonderwirtschaftszonen zum „Empowerment“ Afrikas wird Europa dem Migrationsdruck aber nicht Herr werde. Im Alltag dominiert freilich mehr denn je der politische Kleinkrieg – wie jüngst um Transitzentren an den EU-Binnengrenzen.

### Ja zu 12-Stunden-Tag, Jein zu Ganztags-Schulen

Zudem gilt: Es gibt auch lebenswichtige Fragen jenseits der Flüchtlinge. Heute gibt etwa der Nationalrat ohne Not überfallsartig grünes Licht für den 12-Stunden-Tag. Für Debatten oder gar Verhandlungen über Begleitmaßnahmen ließ Türkis-Blau weder Zeit noch Raum.

Nun muss eben hinterher über die vielen offenen Fragen politisch und juristisch gestritten werden. Etwa über das Dilemma, dass künftig zwar „freiwillig“ jederzeit 12 Stunden gearbeitet werden kann, die Hälfte der Kindergärten „freiwillig“ aber nur maximal 9 Stunden offen hat.

Ob Zufall oder Absicht – Eltern, die nicht nur in den Ferien tagtäglich um die optimale Kinderbetreuung ringen, können das nur als Chuzpe empfinden: Zeitgleich zur Arbeitszeit-Flexibilisierung wird von den zuständigen ÖVP-Ministern der Ausbau der Kindergärten und Ganztagschulen gebremst statt beschleunigt. Es ist an der Zeit, dass Kurz & Co auch zu brennenden Fragen jenseits der Schließung aller Flüchtlingsrouten etwas einfällt.

eMail an: [josef.votzi@kurier.at](mailto:josef.votzi@kurier.at)  
auf Twitter folgen: [@josefvotzi](https://twitter.com/josefvotzi)



## Kinderbetreuung auf Sparflamme



Die Bundesregierung will Mittel für den Ausbau von Kindergärten kürzen – und erntet dafür heftige Kritik.

Schwerpunkt Seiten 6 und 7  
Kommentar Seite 36

Der STANDARD 5.7.2018

# Länger arbeiten, aber

## Regierung bremst bei Kinderbetreuung.

Heute wird der 12-Stunden-Tag beschlossen. Auch VP-Länder sagen: Beim Ausbau der Kindergärten ist Bund säumig. Debatten löst auch neue Bremse bei Ganztagschulen aus.

VON C. BÖHMER, B. GAUL  
UND B. VORTISCH

Das Timing war zumindest ungewöhnlich: Ausgerechnet einen Tag bevor im Parlament der 12-Stunden-Tag beschlossen werden soll, brach zwischen Bund und Ländern eine Debatte los, die dieses Ansinnen, vorsichtig ausgedrückt, konterkariert.

Denn während ÖVP-Familienministerin Juliane Bogner-Strauß im Parlament erklärte, dass man bei den Betreuungsquoten der 3- bis 6-Jährigen in Österreich schon ausgezeichnet unterwegs sei, ist man in den Bundesländern mit der Ressortchefin leicht unzufrieden – und zwar über alle Parteigrenzen hinweg.

Der Grund: 2018 laufen drei Verträge zwischen Bund und Ländern aus (15A-Vereinbarungen), die Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung vorsehen. Doch während man bislang 140 Millionen Euro bekam, sind im Budget vorerst nur 90 Millionen verbucht. „Die Ankündigung zu sparen ist eine völlig falsche Maßnahme“, ärgert sich die Salzburger Landesrätin Andrea Klambauer (Neos) im KURIER-Gespräch.

Angesichts der Tatsache, dass man weiter in die Qualität der Kinderbetreuung investieren müsse und auch wolle (tägliche Öffnungszeiten ausweiten, weniger Schließtage über das Jahr gerechnet) und es in manchen Bundesländern in absoluten Zahlen bald mehr Kindergartenkinder gäbe, sei es schwer vorstellbar, dass Länder und Gemeinden 2019 mit gleich viel oder weniger Budget auskommen könnten. Klambauer: „Die Gemeinden müssen in den nächsten Wochen das Kin-

dergartenjahr planen. Das können sie aber nur, wenn sie wissen, ob der Bund ihnen das Geld dafür auch zur Verfügung stellt.“

Klambauer reiht sich mit ihrer Kritik in die Liste mehrerer ÖVP-geführter Länder ein. „Der Bund hat sich zu einem qualitätsvollen Ausbau des Kinderbetreuungsangebots bekannt. Jetzt muss er auch die dafür nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen“, hieß es etwa im Büro der öö. Landesrätin Christine Haberlander.

### FPÖ bremst

Warum die Bundesregierung gleichzeitig mit der Umsetzung des 12-Stunden-Tages die Mittel für die Kinderbetreuung zurückfährt, darüber will man kein abschließendes Urteil abgeben. „Klar ist“, sagt die Salzburger Landesrätin Klambauer, „dass die FPÖ beim Ausbau der Kinderbetreuung bremst. Mittlerweile gibt es auch in Salzburg Gemeinden, in denen Frauen Prämien ausbezahlt bekommen, wenn sie zu Hause bei den Kindern bleiben. Die FPÖ begrüßt das.“

Gehören die beiden Dinge tatsächlich zusammen? Ermöglicht Türkis-Blau den 12-Stunden-Tag bei gleichzeitigem Rückbau der Kinderbetreuung?

Im Familienministerium weist man das vorsichtig zurück und ist um Beruhigung bemüht. „Wir wissen um den Zeitdruck, den die Gemeinden haben“, sagt ein Sprecher. Die Verzögerung bei den Verhandlungen sei der Tatsache geschuldet, dass man die drei Bund-Länder-Verträge zu einem fusionieren und die Kriterien, nach denen das Geld ausbezahlt wird, erst definieren muss.



Nicht ganz dazu passt, dass heute, Mittwoch, auch das „Bildungsinvestitionsgesetz“ auf den Weg gebracht wurde. Dieses regelt den Ausbau der ganztätigen Schulen – und wird diesen nun wohl oder übel verzögern.

Zur Erinnerung: Als Christian Kern 2016 SPÖ und Kanzleramt übernahm, versprach er eine Dreiviertelmilliarde Euro für den Ausbau der Ganztagschulen. Damit sollte die Betreuungsquote der Schüler von damals rund 20 Prozent bis 2025 auf 40 Prozent verdoppelt werden.

Bildungsminister Heinz Faßmann hat diesen Plan nun geändert. Die Mittel werden jetzt bis 2032 „gestreckt“; und sie werden auch

später als ursprünglich geplant ausbezahlt. Ein Grund dafür ist laut Ministerium, dass die Mittel für den Schul-ausbau nur schleppend von den Landesregierungen, die mitzahlen müssen, abgerufen werden.

Insbesondere in der SPÖ will man das so nicht glauben. „Zusammen mit dem Stopp für den Ausbau der Kindergärten ist das die Bankrotterklärung der Familienpartei ÖVP“, sagt Faßmanns Vorgängerin Sonja Hammerschmid. Den Zwölfstundentag zu beschließen und gleichzeitig Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung zu streichen sei „eine Verhöhnung der berufstätigen Eltern und besonders der Alleinerzieherinnen.“

# wohin mit den Kindern

## WIE UNSERE KINDER BETREUT WERDEN

Fast die Hälfte aller Kindergärten haben weniger als 9 Stunden am Tag geöffnet. Auch die teils häufigen Schließtage machen den Eltern schwer zu schaffen.

	Kindergarten				Schließtage	Schule/Hort
	weniger als 6 Stunden	6-9 Stunden	9-12 Stunden	mehr als 12 Stunden	pro Jahr	Betreuungsquote der 6- bis 9-Jährigen
<b>Ö-Schnitt</b>	<b>3,5 %</b>	<b>43,9 %</b>	<b>44,7 %</b>	<b>7,9 %</b>	<b>26,5</b>	<b>15,2 %</b>
Wien	0,1 %	2,3 %	55,9 %	41,7 %	3,0	23,1 %
Niederösterreich	0,3 %	51,3 %	48,1 %	0,3 %	31,7	14,5 %
Steiermark	2,2 %	53,4 %	42,5 %	1,8 %	23,6	5,2 %
Oberösterreich	6,0 %	61,3 %	31,9 %	0,8 %	27,2	20,0 %
Burgenland	6,1 %	29,8 %	64,1 %	0,0 %	35,7	11,4 %
Salzburg	6,5 %	35,0 %	51,1 %	7,4 %	33,5	10,7 %
Tirol	7,4 %	58,2 %	34,2 %	0,2 %	42,5	10,6 %
Vorarlberg	9,9 %	61,3 %	28,4 %	0,4 %	33,0	5,1 %
Kärnten	6,7 %	26,5 %	63,7 %	3,1 %	33,1	19,1 %

Quelle: Statistik Austria Foto: iStockphoto Grafik: Schimper **KURIER**

## Gewerkschaft: „Arbeiter wollen Kinder auch sehen“

**12-Stunden-Tag.** Betriebskindergärten sind Mangelware, Arbeitnehmer-Vertreter schreien auf

„Die Arbeiter wollen ihre Kinder auch sehen und Zeit mit ihnen verbringen.“ Erich Nagel, Landessekretär der Produktionsgewerkschaft Vorarlberg, äußert starke Bedenken gegen den türkis-blauen 12-Stunden-Tag. In Vorarlberg seien die Angebote zur betrieblichen Kinderbetreuung sehr bescheiden, die Arbeitnehmer in den meisten Fällen auf sich selbst gestellt.

Es gibt zwar große Unternehmen, wie etwa die Voestalpine oder Magna Steyr, die einen betriebseigenen Kindergarten zur Verfügung stel-

len – Usus ist das in Österreich jedoch nicht.

Klaus Willi, Betriebsratsvorsitzender bei Hydro Extrusion (Aluminiumunternehmen), befürchtet, dass die neue Regelung die Mütter im Betrieb am härtesten treffen würde. Nach den Betriebsversammlungen zur neuen Regelung sei eine Mitarbeiterin an ihn herangetreten: „Wenn das so kommt kann ich mir einen anderen Job suchen.“

Der Betriebsrat hat sich jedoch mit der Geschäftsleitung abgestimmt: Diese entwarnt, ein Zwölf-Stunden-

Tag sei in diesem Betrieb nicht geplant.

### „Fataler Rückschritt“

Wolfgang Knes, Betriebsratsvorsitzender des Papierherstellers Mondi und Nationalratsabgeordneter der SPÖ, hält die neue Regelung für einen „fatalen Rückschritt“. Die Regierung fahre „mit der Dampfwalze über Arbeitnehmer drüber“.

Einen Betriebskindergarten gebe es bei Mondi nur in der Zentrale in Wien, die Arbeiter in den Ländern haben diese Möglichkeit nicht.

„Wer wird auf die Kinder schauen? Die Einrichtungen sind nicht da, und dann wird da auch noch gekürzt“, spielt er auf die Sparpläne der Familienministerin an.

In anderen Betrieben verändert sich die Lage kaum: Im Tiroler Seilbahnunternehmen Silvretta Montafon etwa ist der Zwölf-Stunden-Tag durch eine Ausnahmeregelung im Kollektivvertrag längst Realität – Betriebskindergarten gibt es keinen. Typisch für die Branche: Dort arbeiten vor allem Männer, und das saisonal. – **B. VORTISCH**

# Was die neue Arbeitszeit bringt

**Faktencheck.** Das neue Arbeitszeitgesetz wird heute, Donnerstag, trotz massiver Proteste von Gewerkschaft und SPÖ beschlossen. Zwölf Fragen und Antworten zum Zwölf-Stunden-Tag.

VON ANNA THALHAMMER UND STEFANIE KOMPATSCHER

Wien. Zehntausende gingen auf die Straße, es fanden zahlreiche Betriebsversammlungen statt. Das neue Arbeitszeitgesetz wird dennoch heute, Donnerstag, wie geplant im Parlament beschlossen. Die Opposition spricht von einem Skandal, die Regierung versteht die Aufregung nicht.

## 1 Wie viele Stunden wird in Österreich derzeit gearbeitet?

Österreichs Vollzeitbeschäftigte liegen bei den geleisteten Wochenstunden laut Eurostat im EU-Spitzenfeld. Mit durchschnittlich 41,4 Arbeitsstunden pro Woche belegt Österreich Platz drei hinter den Briten mit 42,3 Stunden und den Zyprioten mit 41,7 Stunden. Am anderen Ende der Skala steht Dänemark mit 37,8 Stunden.

## 2 Wie viele Überstunden werden in Österreich geleistet – und wo?

Laut Statistik Austria wurden im Vorjahr 249,6 Millionen Überstunden geleistet – rund ein Fünftel unbezahlt. Etwa 20 Prozent aller Arbeitnehmer macht regelmäßig Überstunden, im Schnitt 7,2 Stunden pro Woche (siehe Grafik). Männer sind viel häufiger vollzeitbeschäftigt als Frauen und leisten daher auch rund 70 Prozent aller Überstunden.

## 3 Wie ist das derzeit mit den Überstunden geregelt?

Prinzipiell gilt in Österreich bei Vollzeit der Acht-Stunden-Tag, es dürfen inklusive Überstunden höchstens zehn Stunden am Tag gearbeitet werden. Außerdem gilt eine maximale Höchstarbeitszeit von 50 Stunden pro Woche. In manchen Branchen ist eine Überschreitung schon jetzt möglich und üblich – etwa bei den ÖBB, bei denen die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit zur Aufrechterhaltung des Verkehrs ausgeweitet werden.

## 4 Was ändert sich mit dem neuen Arbeitszeitgesetz?

Bisher verhandelte der Betriebsrat die Bedingungen für eine Überschreitung der Maximalarbeitszeit mit dem Arbeitgeber aus. Nun ist das nicht mehr notwendig: Die mögliche Höchstarbeitszeit wird in allen Branchen auf zwölf Stunden pro Tag und 60 Stunden pro

## AUF EINEN BLICK

ÖVP und FPÖ wollen in der Nationalratssitzung am Donnerstag das neue Arbeitszeitgesetz beschließen. Die mögliche Höchstarbeitszeit wird damit in allen Branchen auf zwölf Stunden pro Tag und 60 Stunden pro Woche angehoben.

Mehr zum Thema: [diepresse.com/dossiers](http://diepresse.com/dossiers)

Woche angehoben. Außerdem sollen bis zu viermal im Jahr Ausnahmen von der Wochenend- und Feiertagsruhe möglich sein.

## 5 Wie steht Österreich international bei der Arbeitszeit da?

Was die erlaubte Tageshöchstarbeitszeit betrifft, rückt Österreich nun ins EU-Mittelfeld. In etlichen Ländern sind Zwölf-Stunden-Tage bereits erlaubt. Anders ist es bei der Wochenarbeitszeit. Hier überschreiten nur wenige EU-Staaten die Maximalarbeitszeit von 48 Stunden. Österreich wird durch das neue Arbeitszeitgesetz gemeinsam mit Deutschland und den Niederlanden, die maximal 60 Stunden erlauben, an der EU-Spitze stehen.

## 6 Gibt es Angestellte, die mehr als zwölf Stunden arbeiten dürfen?

Schon immer konnten leitende Angestellte vom Arbeitszeitgesetz ausgenommen werden. Laut Gesetzesentwurf wird diese Ausnahme aber auf „Arbeitnehmer mit maßgeblich selbstständiger Entscheidungsbefugnis“ ausgeweitet, was viel Interpretationsspielraum zulässt und zu rechtlichen Unsicherheiten führen dürfte. Deshalb lehnen übrigens auch die Neos, die eigentlich für eine Arbeitszeitflexibilisierung eintreten, das Gesetz ab.

## 7 Dürfen Überstunden vom Chef angeordnet werden?

Überstunden können – wie bisher – vom Unternehmen angeordnet werden, wenn „keine berücksichtigungswürdigen Interessen des Arbeitnehmers“ (etwa Betreuungspflichten) entgegenstehen. Allerdings gilt das nur bis zur zehnten Arbeitsstunde. Nach heftiger Kritik an der Regierung wird nun die „Freiwilligkeit“ für die elfte und zwölfte Stunde im Gesetz festgeschrieben.

## 8 Was bedeutet das neue Gesetz für die Überstundenzuschläge?

Überstunden bleiben zuschlagspflichtig wie bisher – allerdings kann es durch die Neuregelung zu Verschiebungen kommen. **Fortsetzung auf Seite 2**

## Überstunden 2017

Quelle: Statistik Austria - Grafik: „Die Presse“-PW



## Überstundenleistende

nach Wirtschaftsbereich, in Prozent und gesamt geleistete Überstunden, in Millionen



nach Branchen (Auswahl), in Prozent



# Was die neue Arbeitszeit bringt

dem können Gleitzeitrahmen nun von zehn auf zwölf Stunden ausgeweitet werden. Der Arbeitgeber erspart sich so Zuschläge für (freiwillige) Mehrarbeit.

## 9 Wie oft sind 60-Stunden-Wochen künftig möglich?

Nicht allzu oft, denn sonst würde Österreich gegen eine EU-Richtlinie von 2003 verstoßen. Diese besagt, dass die durchschnittliche Wochenarbeitszeit nicht mehr als 48 Stunden betragen darf. Der Durchrechnungszeitraum, in dem Überschreitungen ausgeglichen werden können, darf – je nach Kollektivvertrag – maximal ein Jahr betragen.

## 10 Gibt es Branchen, die besonders betroffen sind?

Explizit genannt wird der Tourismus. Wer hier einen sogenannten geteilten Dienst absolviert (mindestens drei Stunden Ruhepause), für den kann der nächste Dienstantritt schon nach acht Stunden erfolgen. Bisher war das erst nach elf Stunden möglich.

## 11 Warum wird das neue Arbeitszeitgesetz so scharf kritisiert?

Die Flexibilisierung war vor allem ein Wunsch der Arbeitgeber. Die Gewerkschaft kritisiert, dass das neue Gesetz viele Nachteile mit sich bringt. Denn auch wenn die Freiwilligkeit im Gesetz steht – juristisch ist dieser Begriff schwammig. Zudem herrscht in Österreich kein genereller Kündigungsschutz. Wer also etwa mehrfach angeordnete Überstunden ablehnt, kann ohne Angabe von Gründen gekündigt werden. Das neue Gesetz trifft vor allem Personen mit Betreuungspflichten: Sie können die geforderte Flexibilität wohl oft nicht bringen. Mediziner warnen vor gesundheitlichen Folgen durch erhöhte Arbeitsbelastung.

## 12 Was wollen Kritiker nun tun, da das Gesetz beschlossen wird?

Die Gewerkschaft droht mit Kampfmaßnahmen. Die SPÖ will heute einen Antrag auf Volksabstimmung einbringen. Sollte dieser, was wahrscheinlich ist, abgelehnt werden, steht ein Volksbegehren im Raum.

# Heute geht

Die hitzige innenpolitische Diskussion um den 12-Stunden-Tag kocht weiter. Am heutigen Donnerstag soll nun der Beschluss dazu im Nationalrat fallen. Was denken die Experten, was unsere Politiker? Ein kurzer Überblick.

## Im Brennpunkt

ALEXANDRA HALOUSKA

werden. Der Arbeitgebersozialpartner und die Industriellen unterstützen das türkis-blaue Vorhaben, während die Arbeitnehmervertretung eine Gesundheitsgefährdung und zu wenig Zeit für Familie, Sozial- und Vereinsleben befürchtet. Nicht alle Experten glauben daran, dass die Vorteile für die Arbeitnehmer überwiegen.

**W**ettbewerbsfähigkeit versus Gesundheit, Flexibilität versus versteckte Überstunden, Freiwilligkeit versus firmeninterne Zwangsregelungen – was wird letzten Endes für die österreichische Arbeitswelt eintreten? Fakt ist: Kein Thema dominiert das Land derzeit stärker als der 12-Stunden-Tag. Denn obwohl die türkis-blaue Regierung ihren Antrag für neue Arbeitszeiten nachgeschärft haben will, gehen die Wogen weiter hoch. Nach harscher Kritik stellten ÖVP und FPÖ im Zuge des neuen Arbeitszeitgesetzes einen Abänderungsantrag vor, der eine „Freiwilligkeitsgarantie“ für die elfte und zwölfte Arbeitsstunde beinhaltet. Dieser soll am morgigen Donnerstag im Plenum mitbeschlossen

Foto: stock.adobe.com



**Arbeitsrechtler Wolfgang Mazal** betont, dass es für all jene, die längere Arbeitszeiten ablehnen, keine Konsequenzen geben werde – „auch wenn Freiwilligkeit im Arbeitsrecht immer nur bedingt ist.“



**Gerhard Blasche** von der MedUni Wien warnt vor einem erhöhten Unfallrisiko als Folge von Müdigkeit. Bei Industriearbeitern etwa nehmen erwiesenermaßen Unfälle ab der zehnten Stunde zu.



**Wifo-Chef Christoph Badelt** befürwortet das Gesetz, kritisiert aber die politische Diskussion. Er sagt: „Hier wird mit Übertreibungen gearbeitet, die schon ans Lächerliche grenzen – auf beiden Seiten.“



**Dem Sozialrechtler Martin Risak** (Universität Wien) zufolge ist das selbstbestimmte Gleiten in vielen Betrieben oft nur ein Mythos. Im Gleiten würden sich oftmals viele Überstunden verstecken.



**Soziologe Jörg Flecker** (Uni Wien) ortet die Gefahr von Sozialdumping. Längere Arbeitszeiten bedeuten nicht ein Mehr an Aufträgen, sondern dass eine andere Firma eben diesen Auftrag nicht bekomme.

### EXPERTEN-FAZIT

Was die Erweiterung der täglichen Höchst-arbeitszeit auf zwölf Stunden anbelangt, sind sich die Experten uneins. Doch einige Spezialisten aus Recht, Politikwissenschaft, Medizin, Psychologie und Soziologie gehen mit der von der Regierung geplanten Novelle hart ins Gericht. Sie wittern Sozialdumping, erhöhte Unfallrisiken und versteckte Überstunden. Nicht jeder scheint vom Abänderungsantrag überzeugt.



# es um die Arbeitszeit

## POLITIK-FAZIT

FPÖ, ÖVP, WKÖ und viele Unternehmen sehen das neue Gesetz als Anstoß für wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Das Modell soll Arbeitnehmern mehr Flexibilität bieten. Auch argumentieren die Befürworter, dass 12-Stunden-Tage die Ausnahme und der generelle 8-Stunden-Tag erhalten bleibe. Gegner wie die AK oder die Liste Pilz bemängeln, dass Sozialpartner außer Acht gelassen wurden. Auch sehen sie einen massiven Druck auf das Familienleben.

Foto: AFP/FREDECK FLOBRIN



Österreich hat laut Kanzler **Sebastian Kurz** Aufholbedarf beim flexiblen Arbeiten. Die Menschen sollen sich ihre Zeit künftig besser einteilen können. Zum längeren Arbeiten werde niemand gezwungen.

Foto: Zwerfo



Im „Plan A“ von SPÖ-Chef **Christian Kern** hieß es, dass der 12-Stunden-Tag nur dann erlaubt werden soll, wenn es „längere zusammenhängende Freizeitblöcke“ gibt. Diesen Part sieht er nicht erfüllt.

Foto: Markus Tschopp



Die NEOS mit **Beate Meinl-Reisinger** an der Spitze sind generell für eine Arbeitszeitflexibilisierung. Die „Dampfwalzenpolitik“ der türkis-blauen Regierung entziehe aber das Vertrauen der Bevölkerung.

**Daniela Holzinger-Vogtenhuber** (Liste Pilz) sieht das Modell als „Pfuscher-Gesetz“, bei dem nicht einmal die Sozialpartner eingebunden wurden.

Foto: Liste Pilz



Foto: ÖVP/ Michael Gruber



WKÖ-Präsident **Harald Mahrer** wirft Vertretern von Arbeiterkammer und ÖGB eine „Gräuelpromaganda“ vor. Viele Arbeitnehmer sollen sich eine Flexibilisierung wünschen.

Foto: Arbeiterkammer



Durch die Einführung des 12-Stunden-Tags werde die Vereinbarkeit von Beruf und Familie enorm erschwert, betont Präsidentin der Arbeiterkammer (AK) **Renate Anderl**.



### Österreichs Arbeitszeit im Vergleich

	Österreich	EU
Tägliche Höchstarbeitszeit (in Stunden)	12	DK, SWE, UK: 13 DE: 10
Durchschn. Wochenarbeitszeit (Vollzeit, in Stunden)	41,3	40,2
Erwartete Dauer des Arbeitslebens (in Jahren)	37,1	35,6*

\*länger als in Österreich: CH, DK, SWE, ND, DE

Quelle: GSTAT  
Foto: stock.adobe.com/german

## Kindergärten, kurzgehalten

Familienministerin Bogner-Strauß hält einen weiteren Ausbau der Kindergärten für überflüssig. Zu Recht? Was hinter den Plänen steckt, was die Kritiker davon halten.

Gerald John, Karin Riess



**Frage:** „Kinderbetreuungsangebote müssen weiter flächendeckend ausgebaut werden“, heißt es im türkis-blauen Regierungsprogramm. Setzen ÖVP und FPÖ dieses Versprechen in die Tat um?

**Antwort:** Die Zahlen aus dem Budget lassen Zweifel daran aufkommen. Von den bislang für die Kindergärten vorgesehenen 140 Millionen Euro, die der Bund den Ländern über sogenannte 15a-Vereinbarungen zuschießt, scheinen nur noch 90 Millionen gesichert – und zwar für sprachliche Frühförderung (derzeit 20 Millionen) und Zuschüsse zum Gratikindergartenjahr (aktuell 70 Millionen). Offiziell ist alles noch „Gegenstand von Verhandlungen“, aber Bogner-Strauß ließ bereits durchklingen, dass es weniger gibt. Der Budgetbericht des Finanzministers weist eine Kürzung von 52,5 Millionen Euro aus.

**Frage:** Wie argumentiert Bogner-Strauß, dass Kürzungen verkraftbar seien?

**Antwort:** Die ÖVP-Politikerin spricht nicht davon, den Sparstift generell anzusetzen, sondern unterscheidet nach Altersgruppen. Den Fokus wolle sie auf die unter Dreijährigen legen, von denen in Österreich 26,1 Prozent in eine Kinderkrippe oder gleichartige Einrichtung gehen: Die Quote hat sich binnen zehn Jahren zwar mehr als verdoppelt, liegt aber immer noch unter dem EU-weiten „Barcelona-Ziel“ von 33 Prozent. Von den Bundesländern liegt nur Wien mit 44,2 Prozent darüber. Schlusslicht ist die Steiermark mit 14,8 Prozent.

Kritiken weiteren Ausbau brauche es hingegen bei den Kindergartenplätzen

für die Drei- bis Fünfjährigen, sagt Bogner-Strauß und verweist auf die hier viel höheren Betreuungsquoten. Laut Statistik Austria gehen bereits 93,7 Prozent der Mädchen und Buben dieser Altersgruppe in einen Kindergarten, die Spannweite reicht von 97,8 Prozent im Burgenland bis 88,1 Prozent in Kärnten.

**Frage:** Ist da die Konzentration auf die kleineren Kinder nicht logisch?

**Antwort:** Dass die Priorität bei den unter Dreijährigen liege, sei sinnvoll, sagt Margit Schratzenstaller vom Wirtschaftsforschungsinstitut: Selbst wenn die 33 Prozent bald erreicht würden, sei nicht gesagt, dass der Bedarf damit befriedigt ist. Aber das heiße nicht, ergänzt sie, dass deshalb das Angebot für die Älteren vernachlässigt werden dürfe.

Weniger gnädig urteilt Arbeiterkammer-Chefin Renate Anderl: „Wer behauptet, dass nicht mehr in die Betreuung der Drei- bis Sechsjährigen investiert werden muss, hat noch nie Beruf und Familie vereinbaren müssen.“

**Frage:** Wieso, wenn doch fast alle Drei- bis Fünfjährigen in den Kindergärten gehen?

**Antwort:** Die Quote von 94 Prozent allein verrät nicht, wie viele Stunden am Tag eine Einrichtung offensteht. Ein genauerer Blick in die Kindertagesheimstatistik zeigt, dass Eltern, die beide Vollzeit arbeiten wollen, vielerorts außerhalb Wiens aufgeschmissen sind. Außen in der Hauptstadt 85 Prozent der Kindergärten bis nach 17 Uhr geöffnet, so sind es in den restlichen acht Bundesländern im Schnitt nur 22 Prozent. Fast die Hälfte

der Institutionen außerhalb Wiens sperrt um 15.30 Uhr oder früher zu, in der Steiermark etwa haben knapp 50 Prozent bereits um 14 Uhr geschlossen.

Passend zur Debatte um den Zwölfstundearbeitsstag: Sofern Eltern ihre Sprösslinge eine derart lange Zeit unterbringen wollen, bieten derzeit nur acht Prozent der Kindergärten ein passendes Angebot. Abzüglich der Bundeshauptstadt ist es nur ein Prozent.

**Frage:** Und wie oft sperren Kindergärten überhaupt den ganzen Tag zu?

**Antwort:** Auch hier zeigt sich ein Gefälle: Wiens Kindergärten verzeichnen im Schnitt drei Schließtage pro Jahr, viele andere Länder hingegen 30 und mehr. Das Extrem ist Tirol mit 42,5 Schließtagen. Dass es Bedarf gibt, bei den Öffnungszeiten nachzubessern, sieht man auch im Büro der Ministerin so.

**Frage:** Was meint die Familienministerin, wenn sie von einer „Flexibilisierung“ der Betreuung zu den Tagesrandzeiten spricht – entweder durch Gruppenzusammenlegungen oder Tagesmütter?

**Antwort:** Hier gehe es darum, „das Verständnis dafür zu schärfen, dass es auch andere Betreuungsmethoden als den Kindergarten gibt“, erklärt ein Sprecher. Wenn der Kindergarten zu Mittag schließt, könne danach von Tagesmüttern übernommen werden.

**Frage:** Wie wurden die 52,5 Millionen Euro vom Bund bisher eigentlich eingesetzt?

**Antwort:** Im Familienministerium hat man dazu Daten von 2016. Es zeigt sich:

33 Prozent der Mittel wurden für den Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige verwendet, 20 Prozent flossen in zusätzliche Plätze für Drei- bis Sechsjährige. Weitere 30 Prozent der Fördersumme wurden zur „räumlichen Qualitätsverbesserung“ abgeholt, fünf Prozent zur „Verbesserung des Betreuungsschlüssels“. Lediglich ein Prozent der Mittel wurde in bessere Öffnungszeiten investiert.

**Frage:** Wie reagieren die Gemeinden auf die drohende Mittelkürzung?

**Antwort:** Gemeindebundpräsident Alfred Riedl warnt vor Sparmaßnahmen im Kindergartenbereich: „Das geht so nicht. Wir brauchen die 140 Millionen Euro, um den Betrieb aufrechtzuerhalten.“ Er erneuert auch die Kritik am zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr, das ebenfalls in Verhandlung ist. Wenn das komme, „würden den Gemeinden noch mehr Mittel fehlen. Bereits das erste Gratikindergartenjahr hat uns 100 Millionen Euro gekostet, und nur 70 Millionen wurden uns ersetzt“, erklärt Riedl.

**Frage:** Wie geht es jetzt weiter?

**Antwort:** Bislang hat es erst einen Verhandlungstermin auf Beamtenhöhe gegeben – im Mai. Wann die nächste Runde, einberufen von Familien- und Bildungsministerium, stattfinden soll, ist noch offen. Die Zeit drängt: Bereits im August laufen zwei von drei 15a-Vereinbarungen aus. Am Ende soll es statt drei Einzeleinheiten ein Gesamtpaket geben, auch eine längere Laufzeit ist im Gespräch. **Kommentar Seite 36**

## Schöner Plan, schlechte Umsetzung bei ganztägigen Schulplätzen

Weil die Gemeinden fürchten, auf den Personalkosten sitzenzubleiben, werden Mittel umgeschichtet

**Wien** – Es ist keine zwei Jahre alt, hat allerdings mangelnd erfolgreicher Umsetzung von Theorie in Praxis bereits Adaptierungsbedarf: das sogenannte Bildungsinvestitionsgesetz.

Der Plan war: Im Austausch mit einer reduzierten Bankenaufgabe sollten 750 Millionen aus der Bankenmilliarde in den Ausbau von Ganztagschulen fließen. Ziel der damals rot-schwarzen Regierung war es, den Anteil der ganztägig geführten Schulformen von 2017 bis 2025 von 20 auf 40 Prozent zu erhöhen.

Daraus wird vorerst nichts, auch wenn Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) grundsätzlich an der 40-Prozent-Marke festhalten will. Ein Ministerratsvortrag aus seinem Haus sieht vor, die Mittel aus dem Bildungsinvestitionsgesetz bis 2032 zu strecken und ein Jahr

später als geplant auszus zahlen. Außerdem soll die Förderung besser mit den bereits zuvor zwischen Bund und Ländern verhandelten Zuschüssen (Amtsdeutsch: 15a-Vereinbarungen) abgestimmt werden. Über diese Förderschiene wurde die Zahl der ganztägigen Schulplätze seit 2011 um 60.000 erhöht – mittlerweile besuchen rund 25 Prozent der Kinder an Volksschulen, Neuen Mittelschulen und AHS-Unterstufen eine ganztägige Schulform.

Allerdings: Rund 100 Millionen aus der auslaufenden 15a-Vereinbarung wurden von den Ländern bisher nicht abgeholt. Im Gemeindebund – als Kindergartenbetreiber meist Empfänger der Fördermittel – argumentiert man das mit Planungsunsicherheit. So hätte die 15a-Vereinbarung auch eine Personalkostenför-

derung von 9000 Euro pro Gruppe und Jahr beinhaltet. Das wurde bisher vom „neuen“ Bildungsinvestitionsgesetz nicht mehr abgedeckt, ist für die Gemeinden aber essenziell. Darauf habe man bereits im Begutachtungsverfahren hingewiesen.

**Bedenken angekommen**

Jetzt sind diese Bedenken auch bei der Regierung angekommen. Mit der am Mittwoch beschlossenen Änderung sollen die Mittel aus dem Bildungsinvestitionsgesetz künftig auch für jene Projekte verwendet werden können, die bisher über die 15a-Vereinbarung gefördert wurden. Das heißt: Wer in den Ausbau von Ganztagschulplätzen investiert hat, bekommt auch weiterhin einen Personalkostenzuschuss.

Im Gemeindebund freut man sich auch über die Betonung der „Wahlfreiheit“. Ob eine Ganztagschule mit verstreutem Unterricht oder Vormittags- und Nachmittagsfreizeitblöcken geführt wird, macht aus der Sicht der Gemeinden nämlich einen deutlichen Unterschied: Die Personalkosten für Freizeitpädagogen muss nämlich der Schulerhalter – sprich die Gemeinden – tragen.

Doch aus dem Bildungsministerium könnte schon neues Ungemach drohen: Zwar wolle man den laufenden Verhandlungen nicht vorgereifen, heißt es von einer Sprecherin, grundsätzlich wäre es aber „vorstellbar, eine Förderung bestehender Plätze mit der Schaffung einer bestimmten Zahl neuer Plätze zu verknüpfen“. (riess)

# *Eltern allein lassen*

*Gerald John*

**E**s wird allmählich zu einem Markenzeichen: Die Regierung propagiert lauthals ein politisches Ziel – und streicht dann die Mittel zusammen, mit denen sich dieses erreichen ließe. Was mit der Kürzung der Integrationsförderung für Flüchtlinge begonnen hat, setzen die Koalitionäre nun in der Familienpolitik fort.

ÖVP und FPÖ wünschen sich, dass Arbeitnehmer bei Bedarf künftig bis zu zwölf statt zehn Stunden arbeiten. Umso stärker sollte die Regierung Eltern dabei unterstützen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Doch davon ist keine Rede: Das Budget für 2019 reserviert für Investitionen in die Kinderbetreuung weniger Geld als bisher.

Zwar wird mit den Ländern noch verhandelt, doch Familienministerin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) hat Kürzungen bereits mehr oder minder bestätigt – und verteidigt diese: Weil eh schon 94 Prozent der Drei- bis Fünfjährigen in den Kindergarten gehen, sei da ein Ausbau nicht mehr nötig.

Die Ministerin unterschlägt, dass es nicht nur um die Quantität, sondern auch um die Qualität geht. Vielerorts außerhalb Wiens sperren Kindergärten früh am Nachmittag zu. Schon jetzt, ohne Zwölfstundentage, müssen Eltern ohne fitte Omas und Opas viel Geld für Extrabetreuung ausgeben – oder auf Vollzeitjobs verzichten. Es ist ein Hohn, wenn Bogner-Strauß von den Einrichtungen nun flexiblere Öffnungszeiten fordert, aber weniger zahlen will: Ohne zusätzliches Geld für Personal geht der Wunsch ins Leere.